Bericht zum Tag der Regional- und Heimatgeschichte

10. Oktober 2026

Der Tag der Regional- und Heimatgeschichte 2026 begann mit der Begrüßung der 43 Anwesenden durch den Vorsitzenden des Heimatvereins, Olaf Ostertag, sowie der Verlesung der Grußworte der Bezirksbürgermeister Nadja Zivkovic und der Marzahn-Hellersdorfer Bundestagsabgeordneten Katalin Gennburg. Die anschließenden Vorträge boten Einblicke in die wechselvolle Entwicklung der östlichen Berliner Stadtteile und ihres Umlands und führten von der Geschichte der Zwangsarbeit und der frühen Luftfahrt über Industrialisierung und Friedhofskultur bis hin zu Rittergutsgeschichte, Erinnerungspolitik und den Spuren Heinrich Zilles.

Henrik Schwarz: Zwangsarbeiterlager in und in der Umgebung von Biesdorf und Karlshorst

Henrik Schwarz berichtete über Zwangsarbeiterlager in und in der Umgebung von Biesdorf und Karlshorst. Ausgangspunkt seines Vortrags waren neu erworbene Fotografien, die den Bau des Berliner Güteraußenrings dokumentieren und erstmals vorgestellt wurden. Die Bilder stammen aus einem Fotoalbum und zeigen damit nicht nur ein großes Infrastrukturvorhaben, sondern zugleich einen Ausschnitt aus den Bedingungen, unter denen dieses Vorhaben während der NS-Zeit verwirklicht wurde.

Der Ausbau des Güteraußenrings war Teil der weitreichenden Planungen, Berlin zur „Welthauptstadt Germania“ umzubauen. Die Reichsbahn leistete dafür wichtige infrastrukturelle Vorarbeiten. Dabei blieb sie nicht auf ihre eigentlichen Aufgaben im Eisenbahnwesen beschränkt, sondern arbeitete auch mit SS und Gestapo zusammen. Für die Arbeiten wurden Zwangsarbeiter eingesetzt, die in Lagern im südlichen Karlshorst untergebracht waren. Unter ihnen befanden sich politische Gefangene und Kriegsgefangene aus insgesamt 16 Ländern. Schon diese Zusammensetzung macht deutlich, dass es sich nicht um eine einheitliche Gruppe handelte: Die Menschen waren aus unterschiedlichen Ländern verschleppt worden und befanden sich aus verschiedenen Gründen in deutscher Gefangenschaft.

Besonders ging Schwarz auf das Lager am Schlosspark ein, das als größtes Gestapo-Lager Berlins beschrieben wurde. Daneben bestanden Lager, die dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt, Albert Speer, zugeordnet waren. Die Lager standen damit in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Bau- und Umgestaltungsplänen des nationalsozialistischen Regimes. Die Infrastruktur, die entstehen sollte, war also eng mit einem System aus Zwang, Verfolgung und Ausbeutung verbunden.

Die Arbeit am Güteraußenring bedeutete für die Gefangenen Schwerstarbeit. Hinzu kamen Unterernährung, katastrophale hygienische Verhältnisse und eine unzureichende medizinische Versorgung.

Unter diesen Bedingungen erkrankten viele Menschen; ein erheblicher Teil der Gefangenen kam ums Leben. Schwarz machte damit deutlich, dass die Baugeschichte nicht allein als Geschichte von Gleisen, Erdarbeiten und technischen Leistungen betrachtet werden kann. Sie muss auch die Menschen in den Blick nehmen, die diese Arbeiten unter Gewalt und Zwang verrichten mussten.

Ein weiterer Punkt betraf die unterschiedliche Behandlung russischer Kriegsgefangener. Neben den sogenannten „Arbeitsrussen“ gab es sogenannte „Schulungsrussen“. Diese wurden für deutsche Propagandazwecke ausgebildet und sollten die nationalsozialistische Ideologie im Osten weitertragen. Auch daran zeigte sich, dass die Gefangenen nicht nur als Arbeitskräfte ausgebeutet wurden. Das Regime versuchte zugleich, sie für seine politischen und propagandistischen Ziele einzusetzen.

Zu den Arbeiten am Güteraußenring gehörten unter anderem umfangreiche Rodungen und das Ausbaggern von Kiesgruben. Schwarz stellte dabei auch einen Bezug zu Landschaften her, die heute vertraut sind. Der Butzer See geht auf eine Kiesgrube zurück, die von der Firma Butzer angelegt wurde; das Unternehmen war am Ausbau des Güteraußenrings beteiligt. Vergleichbares gilt für den Habermannsee. Orte, die heute als Gewässer und Naherholungsgebiete wahrgenommen werden, stehen somit auch mit den Bauarbeiten jener Zeit in Verbindung.

Die Eingriffe in die Landschaft hatten weitere Folgen. Weil beim Ausbau der Infrastruktur Durchlässe an der Wuhle gar nicht oder nur in unzureichendem Umfang angelegt wurden, kam es in Biesdorf und Kaulsdorf zu Überschwemmungen. Der Vortrag verband damit die Geschichte der Zwangsarbeit mit der Entwicklung der örtlichen Landschaft und den bis heute sichtbaren Spuren des damaligen Baugeschehens.

Die neu vorgestellten Fotografien sind in diesem Zusammenhang besonders wertvoll. Sie dokumentieren einen Teil der Baugeschichte, müssen aber zugleich vor dem Hintergrund der politischen und menschlichen Bedingungen gelesen werden, unter denen die Arbeiten stattfanden. Schwarz’ Ausführungen erinnerten daran, dass die Entstehung einer Verkehrsverbindung wie des Güteraußenrings nicht nur technische und wirtschaftliche Seiten hatte. Sie war auch mit der systematischen Ausbeutung von Menschen verbunden. Für die Regionalgeschichte von Biesdorf, Kaulsdorf und Karlshorst eröffnet sich damit ein Zugang, der Baugeschichte, Landschaftsgeschichte und die Erinnerung an die Opfer der NS-Zwangsarbeit zusammenführt.

Marco Schott: Flugzeuge und Luftschiffe über Karlshorst

Marco Schott widmete sich der Geschichte von Flugzeugen und Luftschiffen über Karlshorst und stellte dabei unterschiedliche technische Entwicklungen und Konstruktionen vor. Im Mittelpunkt standen die frühen Luftschiffprojekte, die in Biesdorf und Karlshorst eine Rolle spielten, sowie die spätere Nutzung des Geländes als Flugplatz und Forschungsstandort.

Ein besonderes Thema waren die Luftschiffe von Siemens-Schuckert. Sie bildeten ein Gegenmodell zu den bekannten Zeppelin-Luftschiffen. Hinter dem Vorhaben stand auch ein militärisches Interesse: Der Generalstab, unter anderem unter dem Einfluss Moltkes, wollte neben dem damals

führenden Anbieter einen Konkurrenten aufbauen. Siemens und Schuckert beschäftigten sich dabei mit unstarren Luftschiffen. Anders als bei starren Konstruktionen besaß deren Hülle kein festes Gerüst aus Metall oder Holz, das ihr dauerhaft die Form gab.

Von technischer Bedeutung war die ab 1907 in Biesdorf errichtete drehbare Luftschiffhalle. Ihre Konstruktion war für die damalige Zeit fortschrittlich. Sie ermöglichte es, die Halle an die Windrichtung anzupassen und dadurch das Ein- und Ausbringen der Luftschiffe zu erleichtern. Schott hob hervor, dass es in den sechs Betriebsjahren keinen einzigen Unfall beim Ein- oder Ausparken der Luftschiffe gab. Die Anlage stand in räumlicher Nähe zu den Luftschiffhöfen in Biesdorf und Johannisthal und war Teil einer größeren Entwicklung der Luftfahrt im Berliner Osten.

Am 23. Januar 1911 fand die erste Fahrt eines in Karlshorst gefertigten Luftschiffes statt. Die Luftschiffe wurden im Auftrag des kaiserlichen Heeres genutzt. In Biesdorf entwickelte man außerdem Verfahren der Luftfotografie, die der militärischen Aufklärung dienen sollten. Auch an Waffentechnik wurde dort gearbeitet. Die frühen Luftfahrtprojekte waren somit von Anfang an eng mit militärischen Interessen verbunden; die technische Entwicklung lässt sich nicht von den Aufgaben trennen, für die die Geräte vorgesehen waren.

1917 wurde der Betrieb der Luftschiffhalle eingestellt. Inzwischen hatte sich die Flugzeugtechnik deutlich weiterentwickelt. Flugzeuge benötigten beim Starten und Landen weniger aufwendige Infrastruktur, konnten besser bewaffnet werden, erreichten höhere Geschwindigkeiten und waren weniger schadensanfällig. Damit verlor das Luftschiff im militärischen Einsatz an Bedeutung. Die Halle wurde zurückgebaut. Die Gemeinde kaufte anschließend Land für einen Flugplatz, in der Hoffnung, es an das Militär verpachten zu können.

Auf dem Gelände entstanden Werft- und Flugzeughallen in serieller Stahlbetonbauweise, die von der Firma Rank errichtet wurden. Doch auch diese Entwicklung wurde durch die politischen Verhältnisse beeinflusst. Nach dem Ersten Weltkrieg begrenzte der Versailler Vertrag den Flugzeugbestand der Reichswehr. Das schränkte den Flugbetrieb des Heeres über Karlshorst ein. Teile der Infrastruktur mussten demontiert werden; andere Hallen wurden so umgebaut, dass sie für den Flugbetrieb nicht mehr genutzt werden konnten.

Trotz dieser Einschränkungen hatte der Standort eine besondere Rolle: Auf dem Flugplatz Karlshorst wurde die erste Polizeifliegerstaffel Deutschlands eingerichtet. Sie unterstützte die Berliner Polizei bei der Verfolgung von Straftätern, wenn diese Hilfe angefordert wurde. Damit erhielt die Luftfahrt neben ihrer militärischen Verwendung auch eine polizeiliche Aufgabe.

Die vorhandenen Hallen wurden später unterschiedlich weitergenutzt. Teile dienten der „Forschungsanstalt für Schifffahrt, Wasser- und Grundbau“, die unter wechselnden Namen bis 2002 an diesem Standort blieb und zuletzt als Bundeswasser- und Schifffahrtsamt bezeichnet wurde. Andere Bereiche wurden zunächst als Kleingartenanlage genutzt. Später wurden sie im Zuge des Baus des Güteraußenrings überbaut.

Schotts Vortrag zeigte, wie eng technische Entwicklung, militärische Planung, kommunale Interessen und spätere zivile Nutzung an diesem Ort miteinander verbunden waren. Die Luftschiffhalle und die Flugzeughallen waren keine isolierten technischen Anlagen, sondern Teil einer Entwicklung, die sich in wenigen Jahrzehnten mehrfach veränderte. Der Standort Karlshorst und seine Umgebung spiegeln damit den schnellen Wandel der Luftfahrt ebenso wider wie die politischen Bedingungen, die über ihre Nutzung entschieden.

Dr. Thomas Thiele: Lichtenberg – vom märkischen Dorf zur Fabrikstadt und zum Berliner „Eastend“

Dr. Thomas Thiele erläuterte, wie sich Lichtenberg vom märkischen Dorf zu einer bedeutenden Industriestadt entwickelte. Er ordnete diesen Wandel in die sogenannte industrielle Randwanderung Berlins ein: Unternehmen verließen Standorte innerhalb des Berliner Stadtgebiets und siedelten sich in den damals äußeren Gebieten an. Lichtenberg wurde dadurch zu einem wichtigen industriellen Zentrum im Osten der Hauptstadt.

Die Einwohnerzahlen machen das rasche Wachstum deutlich. 1890 lebten in Lichtenberg etwa 20.000 Menschen, 1910 waren es bereits rund 80.000. 1935 erreichte die Einwohnerzahl mit mehr als 240.000 einen Höchststand. Hinter diesen Zahlen stand nicht nur der Zuzug von Menschen, sondern auch eine grundlegende Veränderung des Ortsbildes und der wirtschaftlichen Struktur. Aus einem ländlich geprägten Ort wurde innerhalb weniger Jahrzehnte ein dicht besiedelter Industrie- und Arbeitsstandort.

Für die Ansiedlung von Betrieben gab es mehrere günstige Voraussetzungen. Eine davon war die geografische Lage. Da die Hauptwindrichtung aus Westen kam, wurden industrielle Abgase eher von der Stadt weggetragen. Das erleichterte die Verlagerung von Betrieben in den Osten. So siedelten beispielsweise Unternehmen wie Siemens aus Charlottenburg nach Lichtenberg um. Hinzu kam die gute Verkehrsanbindung. Die Preußische Ostbahn sowie die Frankfurter und die Niederschlesische Bahn ermöglichten den Transport von Rohstoffen und Waren. Auch die Nähe zu Industriestandorten in Tegel und zum Osthafen am Rummelsburger See war von Vorteil.

Eine wichtige Rolle spielte zudem die Kommunalpolitik. Oskar Ziethen setzte sich als selbstbewusster Stadtoberer dafür ein, Industrie nach Lichtenberg zu holen. Der Ort erhielt 1907 das Stadtrecht und wurde 1908 kreisfreie Stadt. Die Verwaltung warb gezielt um Unternehmen und bot ihnen unter anderem günstiges Bauland an. Firmen wie Flöther/Eckert und Siemens gehörten zu den sogenannten Randwanderern, die sich infolge dieser Politik in Lichtenberg niederließen. Die Verbindung aus Verkehrslage, verfügbaren Flächen und aktiver kommunaler Wirtschaftspolitik trug entscheidend zur Entwicklung bei.

Die ansässigen Betriebe waren vielfältig. Mehrere Eisenbahnsignalbauanstalten produzierten mechanische Signalanlagen und Steuerungstechnik für Schienenwege. Ihre Erzeugnisse wurden nicht nur vor Ort gebraucht, sondern in größerem Umfang für Abnehmer in Deutschland und Europa

hergestellt. Daneben gab es Unternehmen für lufttechnische Anlagen, die sich mit Zu- und Abluft beschäftigten, sowie Stahlbaubetriebe. David Hirsch Stahlbau gehörte zu den führenden Berliner Unternehmen dieser Branche. Nach 1933 blieben Aufträge aus, weil der Eigentümer als „nichtarisch“ ausgegrenzt wurde. Der Betrieb bestand dennoch auch nach 1945 weiter. Das Beispiel machte deutlich, wie sich politische Verfolgung auf wirtschaftliche Verhältnisse auswirkte.

Auch Konsum und Alltagsproduktion gehörten zum industriellen Profil Lichtenbergs. Die Konsumgenossenschaft hatte dort ihren Hauptsitz. Willy Abe, dessen Produkte unter dem Namen Harras bekannt waren, stellte Haushaltsgeräte und andere Gebrauchsgegenstände her. Das Spektrum reichte von Briefmarkenautomaten über Eierschneider bis hin zu Brotschneidemaschinen. Es ging um Waren, die in größeren Stückzahlen produziert und von vielen Menschen genutzt werden konnten. Hinzu kam die Automobilproduktion der AGA.

Die Größenordnung der gewerblichen Entwicklung war beachtlich. Bis 1920 hatten sich ungefähr 1.000 Unternehmen in Lichtenberg angesiedelt; bis 1945 kamen weitere rund 1.000 hinzu. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Ansiedlung von Betrieben fort. Allein im Gebiet zwischen Bornitzstraße und Josef-Orlopp-Straße gab es bis 1990 etwa 8.200 Gewerbebetriebe. Die Industriegeschichte endete also nicht mit dem politischen Umbruch von 1945, sondern wurde unter veränderten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen weitergeführt.

Ein besonders anschaulicher Bezug zur Gegenwart ist das Gelände des ehemaligen Gutshofs. Dort wurde bis zum Ende der DDR industriell produziert; heute befindet sich an dieser Stelle das Dong-Xuan-Center. Der Ort hat damit seine Funktion mehrfach verändert, ohne dass seine Geschichte als Wirtschaftsstandort ganz verschwunden wäre.

Thieles Ausführungen machten deutlich, dass Lichtenbergs Aufstieg nicht auf einen einzelnen Betrieb oder eine einzige Entscheidung zurückzuführen ist. Entscheidend war das Zusammenwirken von Verkehr, Lage, kommunaler Förderung und einer breiten Mischung von Unternehmen. Die Entwicklung zum industriellen „Eastend“ Berlins veränderte den Ort dauerhaft. Zugleich zeigen einzelne Firmengeschichten, dass wirtschaftlicher Aufschwung, technische Innovation und politische Eingriffe oft eng miteinander verflochten waren.

Prof. Jürgen Hofmann: Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde – ein Friedhof für alle sozialen Schichten und alle Bekenntnisse

Prof. Jürgen Hofmann stellte die Geschichte des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde vor. Dabei betonte er, dass der Friedhof ursprünglich keineswegs als Armenfriedhof angelegt wurde. Vielmehr sollte er Menschen unabhängig von ihrem sozialen Stand und ihrem Bekenntnis offenstehen. Die Formulierung „ohne Unterschied des Standes, der Religion und Confession“ brachte diesen Anspruch zum Ausdruck. Als Vorbild diente unter anderem der Hamburger Friedhof Ohlsdorf.

Friedrichsfelde wurde als Parkfriedhof geplant und galt damit seinerzeit als moderne Anlage. Das Gelände wurde schrittweise erschlossen: Zunächst legte man Wege an und pflanzte Bäume und Sträucher, erst danach entstanden die Gräber. Solange Teile des Areals noch nicht ausgebaut waren, wurde das Land zeitweise für den Kartoffelanbau zugunsten der Berliner Armenkirche genutzt. Die Anlage verband also von Beginn an gärtnerische Gestaltung mit praktischen Anforderungen.

An der Planung und Gestaltung wirkten bekannte Fachleute mit. Dazu gehörten der Berliner Gartenbaudirektor Ludwig Hofmann, der auch als Architekt des Reichsgerichts in Leipzig bekannt war, sowie Ludwig Blankenstein, der die Feierhalle entwarf. Der Friedhof war zudem ein Vorreiter der Feuerbestattung. Da es in Preußen zunächst keine Rechtsgrundlage für Einäscherungen gab, mussten Verstorbene dafür zunächst nach Gotha gebracht werden. Eine geplante Eisenbahnanbindung an die Feierhalle wurde ebenso wenig verwirklicht wie eine zweite Feierhalle mit Krematorium. An diesen nicht ausgeführten Vorhaben lässt sich ablesen, dass die ursprünglichen Pläne über das tatsächlich Gebaute hinausgingen.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Friedhofsgelände auch zum Schauplatz der Schlacht um Berlin. Die Kämpfe verursachten erhebliche Schäden an den Gebäuden und insbesondere an der Feierhalle. Diese wurde bis 1954 in vereinfachter Form wiederaufgebaut. Die künstlerische Ausstattung erhielt dabei eine besondere Note: Buntglasfenster wurden von der Mahlsdorfer Künstlerin Katharina Peschel nach Entwürfen von Walter Wichmann gestaltet. Sie sind ungewöhnlich, weil sie ohne politische oder religiöse Motive auskommen. Der Wiederaufbau verband damit praktische Notwendigkeit mit einer eigenständigen künstlerischen Gestaltung.

Seinen besonderen Ruf als „Friedhof der Sozialisten“ erhielt Friedrichsfelde im Zusammenhang mit der Beisetzung Wilhelm Liebknechts im Jahr 1900. Das Grab entwickelte sich zu einem Anziehungspunkt für führende Vertreter der Sozialdemokratie, die sich ebenfalls dort bestatten ließen. In der damaligen Sozialdemokratie wurde der Ort mitunter als „Feldherrenhügel“ bezeichnet. Der Friedhof wurde damit zunehmend zu einem Ort politischer Erinnerung. Zugleich spiegelte er die Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD wider.

Auch die Beisetzungen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren von politischen Auseinandersetzungen geprägt. Die KPD wollte die Toten zunächst auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain beisetzen lassen. Die Berliner Stadtbevölkerung und der Rat der Volksbeauftragten lehnten dies ab. In Friedrichsfelde wurde schließlich eine Erweiterungsfläche zur Verfügung gestellt. Der Friedhof wurde dadurch noch stärker zu einem Ort, an dem sich politische Konflikte und unterschiedliche Vorstellungen vom Gedenken niederschlugen.

1926 entstand nach einem Entwurf von Ludwig Mies van der Rohe ein Revolutionsdenkmal. Die Denkmalkommission wurde von Wilhelm Pieck geleitet. Mies van der Rohe setzte sich mit einem modernen Gegenentwurf gegen einen zunächst favorisierten neoklassizistischen Entwurf der KPD durch. Unterstützung erhielt er dabei von Eduard Fuchs. Im „Dritten Reich“ wurde das Denkmal

abgerissen; die Gräber wurden eingeebnet. Die Zerstörung war ein gezielter Eingriff in einen Ort, dessen politische Bedeutung den Nationalsozialisten missfiel.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Gräber von Angehörigen der KPD und der SPD zusammengeführt. Daraus entstand die Idee einer „gemeinsamen Gedenkanlage für die großen Sozialisten". Der entsprechende Beschluss wurde noch vor der Teilung der Stadt vom gewählten Magistrat getragen. Hofmann ging außerdem auf die Entwurfsgeschichte des Denkmals der Sozialisten ein. Neben den großen Gedenkanlagen finden sich auf dem Friedhof eine Künstlerabteilung rund um das Familiengrab der Kollwitz, zahlreiche Einzelgräber und ein außergewöhnliches Kolumbarium.

Der Vortrag zeigte Friedrichsfelde als einen Ort mit mehreren Bedeutungsschichten. Die Anlage war zunächst als moderner Parkfriedhof für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung gedacht. Im Laufe der Zeit kamen die Geschichte der Arbeiterbewegung, politische Konflikte, Kriegsschäden und die Auseinandersetzung mit dem Gedenken hinzu. Gerade diese Vielschichtigkeit macht den Friedhof zu einem wichtigen Ort der Berliner Stadt- und Erinnerungsgeschichte.

Benedikt Eckelt: Das Rittergut Mehrow – ein Gut am Rande der Großstadt

Benedikt Eckelt berichtete über die Besitzgeschichte des Ritterguts Mehrow und ordnete sie in die Entwicklung des Dorfes am Rand der wachsenden Großstadt ein. Zu Beginn stellte er klar, dass die Bezeichnung „Rittergut" nicht einfach bedeutet, dass das Gut mit gerüsteten Reitern verbunden gewesen sei. Entscheidend waren vielmehr besondere Rechte und Vorzüge, darunter Steuerbefreiungen und die Berechtigung, im Landtag vertreten zu sein.

Die Dorfkirche von Mehrow entstand in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts. Die frühe Besitzgeschichte war von häufigen Herrschaftswechseln geprägt. Erst im 17. Jahrhundert blieb das Gut über einen längeren Zeitraum in der Hand einer Familie: der Familie Britzke, die auch mit dem Ortsteil Britz verbunden war. Danach wurde das Gut wiederholt verkauft. Zu den Besitzern gehörten Hof-, Staats- und Militärbedienstete sowie verschiedene altmärkische Adelsfamilien, darunter die Familie Keith. Die wechselnden Eigentümer zeigen, dass das Rittergut nicht über Jahrhunderte hinweg fest an eine einzige Familie gebunden war.

Die Besitzverhältnisse waren zudem eng mit der Ordnung des Dorfes verbunden. Gutsbesitz und bäuerlicher Besitz bestanden in Mehrow nebeneinander; Trappenfelde war ein Vorwerk des Gutes. Dorf und Rittergut bildeten jedoch getrennte politische Einheiten. Daraus ergaben sich im Alltag besondere Pflichten: Beide Einheiten mussten nach den gesetzlichen Vorgaben beispielsweise eine Schule oder einen Nachtwächter unterhalten. Um die Kosten nicht doppelt tragen zu müssen, gründeten Gut und Dorf gemeinsame Verbände, unter anderem einen Schul- und einen Feuerlöschverband. Auch beim Nachtwächter teilte man sich die Organisation und die Ausgaben.

1884 wurde das Gut versteigert und ging an die Ritterschaftsbank. Damit war nicht mehr eine einzelne Person als Dorfbesitzer eingesetzt. Eine neue Phase begann mit Carl Christian Robert Stock, der das Gut von 1900 bis 1912 besaß. Stock war Unternehmer; die Robert Stock AG für

Präzisionswerkzeuge besteht bis heute. Das Unternehmen war unter anderem im Telegraphenwerk tätig und entwickelte später einen selbstfahrenden Pflug, den Stock-Motorpflug. Dieser wurde auch exportiert, unter anderem bis nach Südamerika. Die Geschichte des Ritterguts berührt damit die Industrie- und Technikgeschichte weit über Mehrow hinaus.

Stock unterstützte während seiner Besitzzeit auch die örtliche Gemeinschaft und spendete für die Ausstattung der Kirche und der Schule. Nach seinem Tod erbte seine Tochter das Gut, war zu diesem Zeitpunkt aber noch minderjährig. Ihr Ehemann Max Bothe übernahm später die Leitung und führte verschiedene technische Neuerungen ein. Dazu gehörten eine Beleuchtung der Ställe und weitere Verbesserungen in der Landwirtschaft.

Besonders bemerkenswert war die sogenannte Sanitätsmeierei. Die Ställe waren gut ausgestattet, es gab elektrische Melkanlagen und eigene Veterinäre. Die Milchproduktion wurde damit technisch und hygienisch modernisiert. Eckelt stellte diese Einrichtungen als eine Art Vorläufer heutiger Bio-Milchproduktion dar. Neben der Landwirtschaft gehörten eine Schnapsbrennerei, eine Mühle und eine Schmiede zum Gut. Das Rittergut war also nicht nur ein landwirtschaftlicher Betrieb, sondern umfasste mehrere Bereiche der örtlichen Versorgung und Verarbeitung.

1928 wurden die Güter aufgelöst. Damit entfielen auch die gemeinsamen Verbände, die Dorf und Gut zuvor für Schule, Feuerlöschwesen und andere Aufgaben eingerichtet hatten. Nach dem Tod Max Bothes geriet das Gut unter Anna Bothe in wirtschaftliche Schwierigkeiten und ging schließlich pleite. Auf dem Gelände wurde danach eine SS-Siedlung gegründet. Das Rittergut wurde parzelliert und die Grundstücke wurden von SS-Männern besiedelt.

Eckelts Vortrag machte deutlich, wie eng sich an der Geschichte eines einzelnen Gutes größere Veränderungen ablesen lassen. Die wechselnden Eigentümer spiegeln die Besitz- und Gesellschaftsverhältnisse verschiedener Epochen wider. Die gemeinsamen Einrichtungen von Dorf und Gut zeigen, wie praktische Aufgaben organisiert und finanziert wurden. Mit Robert Stock und Max Bothe traten außerdem unternehmerische und technische Neuerungen in den Vordergrund. Das Ende des Gutes und die anschließende Nutzung des Geländes als SS-Siedlung markieren schließlich einen tiefgreifenden Bruch in der Ortsgeschichte.

Christoph Meißner: Das Museum Karlshorst – vom historischen Ort zum transnationalen Erinnerungsraum

Christoph Meißner zeichnete die Entwicklung des Museums Karlshorst nach und fragte, wie aus einem Ort der Kapitulation ein Erinnerungsort mit internationaler Bedeutung wurde. Das Gebäude, das später als „Haus der Kapitulation“ bekannt wurde, war ursprünglich das unzerstört gebliebene Offizierskasino einer Wehrmachtskaserne. Seine Geschichte ist eng mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und den unterschiedlichen politischen Deutungen dieses Ereignisses verbunden.

Der deutsche Generaloberst Alfred Jodl versuchte zunächst, die Kapitulation der Wehrmacht in Reims zu verhandeln. Die westlichen Alliierten, insbesondere Eisenhower, bestanden jedoch darauf, dass die Vereinbarung durch das sowjetische Hauptquartier in Karlshorst bestätigt werden musste. Für die Unterzeichnung wurde deshalb in Karlshorst ein russischer Text ausgearbeitet, der neben der englischen Fassung rechtsverbindlich sein sollte. Die Kapitulation wurde schließlich von der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien sowie von allen drei Teilstreitkräften der Wehrmacht unterzeichnet. Dass die Unterschriften aller alliierten Streitkräfte an diesem Ort zusammengeführt wurden, entsprach Eisenhowers Bestreben.

Nach der Unterzeichnung nutzte die Rote Armee das Gebäude weiter. Von hier aus kommandierte die Sowjetische Militäradministration 1953 die Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953. Ab 1955 war das Haus Sitz des sowjetischen Stadtkommandanten. Nachdem dieser 1963 abgezogen worden war, übernahm ein Stadtkommandant der Nationalen Volksarmee die Funktion. Das Gebäude blieb dennoch im Besitz der Sowjetunion. Damit war der Ort nicht nur ein Schauplatz des Kriegsendes, sondern blieb auch in der Nachkriegszeit Teil der militärischen Präsenz und politischen Ordnung in Berlin.

1967 begann die museale Nutzung unter der Ägide der sowjetischen Truppen in Deutschland. Die Ausstellungen und Führungen fanden nicht nur auf Deutsch statt, sondern auch auf Englisch und Französisch. Meißner ordnete diese Praxis in die sowjetische Geschichtspolitik ein: Das Museum war auch ein Mittel, im Ausland die sowjetische Sicht auf den Krieg und seinen Ausgang zu vermitteln. Die museale Darstellung war damit von Anfang an mehr als eine neutrale Präsentation historischer Ereignisse.

Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen stellte sich die Frage, wie das Gebäude künftig genutzt werden sollte. Es ging in deutschen Besitz über. Ein Nachfolgekonzept sah ein gesamtalliiertes Museum vor, das allerdings in sowjetischer Hand bleiben sollte; Räume hätten an die anderen Alliierten vermietet werden können. 1991 wurde eine Vereinbarung über den gemeinsamen Betrieb durch die Sowjetunion und Deutschland getroffen. Das Haus sollte zu den bedeutenden Kultureinrichtungen gehören, wie sie im bilateralen Vertrag zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der Sowjetunion vorgesehen waren.

1995 übernahm das Museum eine Ausstellung über den Vernichtungsfeldzug in der Sowjetunion, die zuvor in der „Topographie des Terrors“ gezeigt worden war. Institutionell wurde die Einrichtung später in einen eingetragenen Verein überführt. Zu den Mitgliedern gehörten schließlich auch thematisch verwandte Museen in der Ukraine und in Belarus. Damit wurde die Perspektive über die ursprüngliche deutsch-sowjetische Beziehung hinaus erweitert.

Die Zusammenarbeit blieb jedoch nicht ohne Schwierigkeiten. Ein gemeinsamer deutsch-russischer Beirat führte zu Auseinandersetzungen über die Konzeption der Ausstellungen und löste Irritationen in ostmitteleuropäischen Staaten aus. Meißner beschrieb, dass von russischer Seite weiterhin versucht wurde, das Museum als Instrument der eigenen Geschichtspolitik zu nutzen. Gerade bei der

Erinnerung an den Krieg und die deutsche Besatzungspolitik unterscheiden sich die Erfahrungen und Deutungen der beteiligten Länder. Eine Darstellung, die nur zwei nationale Sichtweisen gegenüberstellt, kann diese Vielfalt kaum angemessen erfassen.

Das Museum befindet sich daher in einem Spannungsfeld zwischen historischem Erinnerungsort und Geschichtspolitik. Es muss die Ereignisse am Ort erklären, zugleich aber auch unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven berücksichtigen. Der Beirat wurde deshalb nicht länger ausschließlich bilateral deutsch-russisch besetzt. Stattdessen sollten sieben Nationen beteiligt sein, um die Vielstimmigkeit der Geschichte besser abzubilden.

Meißners Ausführungen machten deutlich, dass die Geschichte des Museums selbst Teil der Erinnerungsgeschichte ist. Der Ort war nacheinander Schauplatz der Kapitulation, militärischer Verwaltungsstandort und Museum mit unterschiedlichen politischen Aufgaben. Heute geht es darum, die historischen Ereignisse verständlich darzustellen, ohne sie auf eine einzige nationale Erzählung zu reduzieren. Der transnationale Anspruch ist dabei keine bloße organisatorische Frage, sondern eine Voraussetzung dafür, den Erfahrungen der verschiedenen vom Krieg betroffenen Länder gerecht zu werden.

Karl-Heinz Gärtner: Spurensuche nach Heinrich Zille in Marzahn-Hellersdorf

Karl-Heinz Gärtner berichtete über seine Spurensuche nach Heinrich Zille in Marzahn-Hellersdorf. Dabei stand nicht allein der bekannte Zeichner des Berliner Milieus im Mittelpunkt. Gärtner lenkte den Blick auch auf Zille als Landschaftsmaler und zeigte damit eine Seite des Künstlers, die neben seinen Darstellungen des großstädtischen Alltags leicht in den Hintergrund tritt. Als Beispiel nannte er das Landschaftsbild „Weg nach Biesdorf“.

Die Spurensuche führte in verschiedene Orte des heutigen Bezirks. Eine wichtige Station war Biesdorf, wo Zilles Tochter Margarete Köhler-Zille nach einer Zeit im mecklenburgischen Demmin lebte. Ihre Anschrift lautete Dohlengrund 53. Auch Zilles Freund Otto Nagel wohnte in Biesdorf. Solche biografischen Bezüge zeigen, dass die Verbindung des Künstlers mit der Region nicht nur in einzelnen Bildern besteht. Sie lässt sich ebenso anhand von Wohnorten, Freundschaften und persönlichen Beziehungen nachvollziehen.

Gärtner ging auch auf eine widersprüchliche Seite von Zilles Werk ein. Während des Ersten Weltkriegs veröffentlichte Zille karikaturistische Darstellungen, die den Krieg auf bestimmte Weise legitimierten. Sein Freund Otto Nagel kritisierte ihn dafür. Diese Episode macht deutlich, dass sich auch bei einem Künstler, der vor allem für seine Beobachtung sozialer Wirklichkeit bekannt ist, unterschiedliche politische Haltungen und Spannungen finden lassen. Die Beschäftigung mit Zille erschöpft sich deshalb nicht in der Würdigung seiner bekannten Zeichnungen, sondern schließt auch die Einordnung seines Handelns in die jeweilige Zeit ein.

Eine weitere Verbindung zur Region ergab sich durch Zilles Werbeplakate für die Märkische Wachsschmelze. Das Unternehmen befand sich zunächst in Biesdorf und später in Kaulsdorf. Die Arbeiten

zeigen, dass Zille nicht ausschließlich als freier Zeichner oder Chronist des Berliner Alltags tätig war, sondern auch Gebrauchsgrafik und Werbung gestaltete. Gerade solche Aufträge können helfen, weniger bekannte Seiten seines Schaffens zu erschließen und seine Tätigkeit mit der örtlichen Wirtschafts- und Firmengeschichte zu verbinden.

Auch Mahlsdorf spielte bei der Spurensuche eine Rolle. Im ehemaligen Restaurant „Café Mahlsdorf“ in der Hönower Straße 77 befand sich eine Zillestube. Damit wurde die Erinnerung an den Künstler in einem örtlichen Zusammenhang bewahrt. Ein weiterer Bezug führt zum Gründerzeitmuseum: Charlotte von Mahlsdorf brachte die Ausstattung der Gastwirtschaft „Mulackritze“ dorthin. Zille hatte diese Gastwirtschaft verschiedentlich besucht. Die erhaltene Einrichtung vermittelt so einen Eindruck von einem Milieu, das für Zilles Beobachtungen und Darstellungen von Bedeutung war.

Zum Vortrag gehörte außerdem die philatelistische Rezeption Zilles. Auch Briefmarken und andere Formen der Philatelie tragen dazu bei, wie eine Persönlichkeit öffentlich erinnert und dargestellt wird. Sie zeigen, welche Motive ausgewählt werden und wie sich das Bild eines Künstlers über die Zeit verfestigt oder verändert.

Gärtners Ausführungen führten verschiedene Arten historischer Spuren zusammen: Gemälde, Werbegrafik, Wohnorte, Freundschaften, Gaststätten und Sammlungsstücke. So entstand ein Bild, das über die geläufige Vorstellung Zilles als Zeichner des Berliner Milieus hinausgeht. Die Spurensuche in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf macht deutlich, dass sich auch in einem heutigen Berliner Außenbezirk zahlreiche Anknüpfungspunkte an das Leben und Werk eines bekannten Künstlers finden lassen. Zugleich lädt sie dazu ein, vertraute Orte genauer anzusehen und die dort bewahrten Hinweise auf die Vergangenheit ernst zu nehmen.